

Wie aus Tatsachen bloße Meinungen werden. Eduard von der Heydt und die Wuppertaler Politik

1950 besuchte die in der NS-Zeit nach New York emigrierte Philosophin Hannah Arendt ihre deutsche Heimat. Dabei stellte sie bei vielen Deutschen eine Flucht vor der Wirklichkeit fest. „Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht“, so Arendt, liege „in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen“.¹

Die Stellungnahmen des Kuratoriums des Eduard von der Heydt Kulturpreises und der Parteien (CDU, FDP, SPD, Grüne) zum Antrag der Fraktion DIE LINKSPARTEI.PDS, den Kulturpreis der Stadt Wuppertal in „Else Lasker-Schüler-Kulturpreis um zu benennen, zeigen, dass die von Arendt konstatierte Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen und als seien sie im freien Streit der Meinungen beliebig zu revidieren, auch heute noch weit verbreitet ist.

Das Kuratorium des Eduard von der Heydt Preises begründete seine Stellungnahme gegen eine Umbenennung des Kulturpreises mit zwei Argumenten:

1. Die Auseinandersetzung um die Person Eduard von der Heydts sei schon 2001 bei Erscheinen des von Sabine Fehlemann und Rainer Stamm herausgegebenen Bandes *Die von der Heydts. Bankiers, Christen und Mäzene* geführt worden. Neuere Erkenntnisse habe es seitdem nicht gegeben.

2. Eine erneute Umbenennung des Kulturpreises würde sich über die Entscheidungen der Wuppertaler Stadtverordnetenversammlungen von 1952 und 1957 hinwegsetzen.

Zu diesen beiden Argumenten möchte ich Folgendes bemerken: Selbst bei einer oberflächlichen Lektüre des Beitrages von Detlef Bell *Eduard von der Heydt – Ein Leben hinter der Kunst* in dem erwähnten Band Fehlemanns und Stamms ist es mir unerklärlich, wie das Kuratorium zu der Bewertung kommen kann, bei von der Heydt habe es sich um einen „Philanthropen“ und „Weltbürger“ und nur um einen „Mitläufer“ des NS-Regimes gehandelt. Ein von Bell zitierter Brief an Herbert von Dirksen zeigt, dass sich von der Heydt schon 1925 antisemitisch äußerte und Kontakt zu völkischen Kreisen suchte.

„Angesichts der politischen Charakterlosigkeit des deutschen Volkes halte ich die Verjudung der deutschen Finanz und Öffentlichkeit für eine ganz ungeheure Gefahr und bekenne mich in

¹ Hannah Arendt: Besuch in Deutschland. Aus dem Amerikanischen von Eike Geisel. Mit einem Vorwort von Henryk M. Broder und einem Portrait von Ingeborg Nordmann, Berlin 1993, S. 29.

diesem Zusammenhang zu den völkischen Ideen. (...) Ich wäre dir sehr dankbar, wenn du mich einmal gelegentlich mit einem führenden konservativen Politiker in Verbindung bringen könntest, mit dem ich über diese haarsträubenden Zustände sprechen könnte“ (S. 61).

Sein Freund von Dirksen brachte von der Heydt nicht nur mit konservativen Politikern in Verbindung, sondern vermutlich auch mit den Spitzen der NSDAP. Der Salon von Dirksens Schwiegermutter Viktoria Auguste von Dirksen war spätestens seit 1930 die wichtigste Schaltstelle zwischen altem Adel und Nationalsozialismus. Über ein Treffen im Hause Dirksens notierte Joseph Goebbels am 22. November 1930 in sein Tagebuch:

„Zu Nacht bei Dirksens. (...) Lange Unterredung mit Baron v. d. Heydt. Auch er ist ganz unser. Man wundert sich, wie klar einige Wirtschaftler im Gegensatz zum Reichsverband die Lage sehen. Bis tief in die Nacht geredet.“²

Ein erhalten gebliebenes Protokoll über ein Treffen im November 1931 nennt als Anwesende u.a. Hermann Göring, Joseph Goebbels, August Wilhelm Prinz von Preußen und Eduard von der Heydt.³ Wie eng von der Heydts Beziehungen zu den Nationalsozialisten zu diesem Zeitpunkt schon waren und wie positiv er über sie dachte, wird aus dem Tagebuch Harry Graf Kesslers⁴ deutlich, der über ein Gespräch am 9. Dezember 1931 folgendes berichtete:

„Bei Eduard von der Heydt im ‚Esplanade‘ gefrühstückt. Er kam vom Geschäftlichen, das der eigentliche Zweck des Frühstücks war, bald auf Francois Poncet [französischer Botschafter in Berlin seit September 1931], ob ich ihn kannte und was für eine Art von Mann das sei. Ihn interessierte das gerade jetzt, weil Poncet offenbar Verbindungen zu den Nazis suche und man ihn, Heydt, wegen seiner Beziehungen zur Thyssen-Bank und zu den Hohenzollern als eine Art von Brücke benutzen zu wollen scheine. Er sei zwar selber kein Nazi, huldige eher einer liberalen Anschauung, und ganz gewiss kein Antisemit, dazu habe er viel zu viel jüdische Freunde; aber er sehe jetzt nur noch die Alternative zwischen einer Beteiligung der Nazis an der Regierung und einer Diktatur der Reichswehr, und da seien ihm die Nazis schon lieber, gerade weil sie wüssten, dass sie nicht ohne Sachverständige (zum Beispiel Schacht, der ganz ihr Mann sei) regieren könnten, während die Generäle eben Generäle seien und, obwohl sie soviel Geld von der Großindustrie und Großbank, von Juden ebenso wie Christen, erhalten hätten, würden sie bolschewistische Pläne gar nicht erst zu verwirklichen suchen. Auch

² Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Teil I: Aufzeichnungen 1923-1941. Hrsg. v. Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv; 4 Bde., München / London New York / Paris 1987, hier: Bd. 1, S. 636 f.

³ Vgl. Stefan Malinowski: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003, S. 555.

⁴ Von der Heydt und Kessler hatten im gleichen Regiment gedient. Von der Heydt hatte Kessler ein hohes Darlehen gewährt, das er im August 1931 zurück forderte. Vgl. Laird McLeod Easton: Der Rote Graf. Harry Graf Kessler und seine Zeit, Stuttgart 2005, S. 474.

außenpolitisch würden sie nicht unvernünftig sein. Mussolini laufe ihnen nach und mache ihnen allerlei Angebote; aber sie suchten unter der Hand auch mit Frankreich Fühlung, und die Großindustrie fördere diese Richtung. Nun sei er, Heydt, vielleicht berufen, eine Rolle als Vermittler zwischen den Nazis und Francois-Poncet zu spielen. Hitler komme morgen nach Berlin, und er Heydt, werde ihn sprechen; auch werde er, Heydt in den nächsten Tagen bei Roland de Margerie und durch diesen den Botschafter kennenzulernen suchen. (...)

Heydt bat mich um allerstrengste Diskretion. Offenbar geht der Wunsch zu dieser deutsch-französischen Fühlungnahme von der Naziseite und vermutlich von Hitler persönlich aus, während von französischer Seite (Roland de Margerie, Poncet) bisher nur nicht ‚Nein‘ gesagt worden ist.⁵

Die Tagebuchaufzeichnungen Kesslers sind in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Sie dokumentieren nicht nur, wie Bell schreibt (S. 62), von der Heydts politischen Ehrgeiz, sondern auch, dass er schon 1931 mit den Größen der NSDAP persönlich bekannt war und sie aktiv unterstützte. Dass er wie der erwähnte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht der Meinung war, die Nazis für ihre Interessen zu instrumentalisieren, sollte sich nach 1933 schnell als Illusion erweisen. Diese Fehleinschätzung mindert aber in keiner Weise die Verantwortung der nationalkonservativen Eliten und die von der Heydts. Ohne deren massive Unterstützung wäre Hitler nie zur Macht gekommen.

Zu von der Heydts Aktivitäten während der Zeit des Nationalsozialismus schreibt das Kuratorium:

„Auch das Verhalten Eduard von der Heydts während des Nationalsozialismus – zeitweilige Mitgliedschaft in der NSDAP, finanztechnische Tätigkeiten u.a. – muss ambivalent beurteilt werden. Von der Heydt war eindeutig ein Mitläufer, wenn auch das Divisionsgericht 6 in Zürich ihn am 18./19. Mai 1948 von der Anklage der Vorschubleistung zu einem Nachrichtendienst gegen fremde Staaten’ freispricht.“

Unter dem Begriff der Ambivalenz versteht man in der Psychologie das Nebeneinander von gegensätzlichen Gefühlen, Gedanken und Wünschen. Das Urteil des Schweizer Gerichts steht aber keineswegs im Gegensatz zu von der Heydts Verhalten im Nationalsozialismus, wie dies in den Ausführungen des Kuratoriums erscheint. „Der Zynismus dieses Urteils“, schreibt Bell sei „unübersehbar“; von der Heydt sei auf „ungewöhnliche Weise“ geschont worden, und es verdichte sich der Eindruck, das bei der Verhandlung über von der Heydts „weltberühmte Sammlung“ entschieden worden sei (S. 68).

⁵ Harry Graf Kessler: Tagebücher 1918-1937, Frankfurt 1979, S. 652f.

Das Kuratorium begründet nicht, warum von der Heydt ein „Mitläufer“ war, sondern stellt dies einfach nur fest. In der historischen Forschung gibt es keine gültige Definition für Mitläufer, sondern der Begriff stammt direkt aus der Entnazifizierung der frühen 1950er Jahre. In der Internet-Enzyklopädie Wikipedia heißt es: „Mitläufer sind Personen, die an einer Ideologie, Gruppierung oder Handlung ohne wirkliche Überzeugung und in einer untergeordneten Rolle beteiligt sind.“ Trifft diese Definition auf von der Heydt zu?

Er trat am 1. April 1933 im Ausland in die NSDAP ein. Am 20.3.1938 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, da die Voraussetzung für die Mitgliedschaft die deutsche Staatsangehörigkeit war. Er wurde also gegen seinen eigenen Willen aus der NSDAP entfernt, weil er nicht mehr die deutsche Staatsbürgerschaft besaß, die Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Partei war. Die Formulierung des Kuratoriums „zeitweilige Mitgliedschaft in der NSDAP“ suggeriert, von der Heydt habe sich bewusst von der NSDAP distanziert, was nicht der Fall war. Das Kuratorium geht damit implizit davon aus, von der Heydt sei ohne wirkliche Überzeugung in die NSDAP eingetreten, was auf der Basis der vorliegenden Fakten aber mehr als fragwürdig ist.

Von der Heydts Tätigkeit für die deutsche Militärsplionage wird vom Kuratorium mit der Formulierung „finanztechnische Tätigkeiten u.a. für die Abwehr“ verharmlost. Die neutrale Schweiz war für die Finanztransaktionen der Abwehr von zentraler Bedeutung. Sie konnte ihre Agenten im feindlichen Ausland nicht direkt mit Geld versorgen, sondern bedurfte eines unverdächtigen Mittelsmanns, der die Finanzoperationen abwickelte. Für diese Funktionen brachte von der Heydt ideale Voraussetzungen mit. Er spielte dabei keine „untergeordnete Rolle“, wie es der Definition des Mitläufers entsprechen würde, sondern nahm im Gegenteil eine sehr exponierte Rolle ein.

Von der Heydt war auch noch in anderer Hinsicht „finanztechnisch“ aktiv, was nach Meinung Bells „weit schwerer“ wiege als die Tätigkeit für die Abwehr: Er wickelte Lösegeldzahlungen für die Freilassung rumänischer Juden über seine Konten in der Schweiz ab. In den zwei bekannten Fällen ging es darum, dass in Rumänien verhaftete Juden für ein Lösegeld von 165.000 französischen Francs bzw. 15.000 amerikanischen Dollar, das sie an Gestapo-Mitarbeiter zahlten, ihre Freiheit erhielten. Das Geld überwiesen sie auf das Schweizer Bankkonto von der Heydts. Der ehemalige Anwalt Wladimir Rosenbaum, der als Rechtsberater der Opfer fungierte, stellte von der Heydt über seine Rolle offen zur Rede. Laut Zeugnis von Rosenbaums Frau soll von der Heydt geantwortet haben: „Diese Juden sollten ihm besser ein großes Denkmal in Israel errichten, um ihm dafür zu danken, dass er ihnen das Leben gerettet habe.“

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Eduard von der Heydt schon vor 1933 die NSDAP unterstützte, in exponierter Stellung für die militärische Abwehr tätig war und von erpresserischen Geiseltgeschäften der SS profitierte. Diese Tatsachen sind unstrittig und können zum allergrößten Teil den Veröffentlichungen von Bell entnommen werden. Dass die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen des Kuratoriums des Eduard von der Heydt-Kulturpreises und im Rat der Stadt Wuppertal immer noch daran festhalten, den Kulturpreis der Stadt nach von der Heydt zu benennen, ist mit ihrer Haltung zu erklären, „mit Tatsachen so umzugehen als handle es sich um bloße Meinungen“.

Dass diese „Realitätsflucht“, wie Hannah Arendt scharfsinnig bemerkte, auch eine „Flucht vor der Verantwortung“ ist, macht das Kuratorium auch mit der Position deutlich, eine „erneute Umbenennung würde sich über die Entscheidungen der Wuppertaler Stadtverordnetenversammlungen von 1952 und 1957 setzen. Dazu führte der SPD-Fraktionsvorsitzende Reese in der Ratssitzung vom 3.4.2006 folgendes aus:

„In der Fragestellung, die der Rat heute zu beantworten hat, geht es aber nicht darum zu entscheiden, ob wir einen Kulturpreis nach Eduard von der Heydt benennen, sondern ob wir die Entscheidung der demokratisch legitimierten Stadtverordnetenversammlung von 1952 und 1957 infrage stellen. Denn, und das ist ein entscheidender Punkt, auch zum damaligen Zeitpunkt war die Verstrickung Eduard von der Heydts in das nationalsozialistische Umfeld in gleichem Maße bekannt wie es das heute ist. Es hat also keine neuen Erkenntnisse gegeben. Und trotzdem hat bereits 1952 der demokratisch legitimierte Stadtrat oder die damalige Stadtverordnetenversammlung, der auch Sozialdemokraten angehörten, die selbst unter dem Nationalsozialismus gelitten haben, Eduard von der Heydt entsprechende Ehren zukommen lassen. Ich und auch meine Fraktion maßen uns in der Ferne der Entscheidung – denn man muss zur Kenntnis nehmen, die damals handelnden Stadtverordneten waren aus zeitlicher Nähe deutlich stärker betroffen, als wir es heute sein können – deshalb maßen ich und meine Fraktion uns heute nicht an, die damals im Licht der gleichen Erkenntnis getroffene Entscheidung im Nachhinein zu korrigieren.“

Dass die Mitglieder des Kuratoriums und die Fraktion der SPD ihre ureigenste Aufgabe als Politiker nicht mehr wahrnehmen wollen, nämlich eindeutig falsche Beschlüsse zu verändern, ist mir nicht erklärlich. Dass aber der Fraktionsvorsitzende der SPD zur Untermauerung seines Offenbarungseides die ehemaligen Ratsmitglieder, die während des Nationalsozialismus verfolgt wurden, funktionalisiert, um einen Eduard von der Heydt rein zu waschen, kann ich nicht anders als skandalös bezeichnen. Denn die damaligen Ratsmitglieder verfügten keineswegs über die Erkenntnisse von heute. Der Prozess gegen von der Heydt war

ein Geheimprozess, d.h. die Stadtverordneten kannten allenfalls Gerüchte, aber keine genauen Fakten. Und selbst, wenn sie informiert gewesen wären, was spräche heute dagegen, ihre Beschlüsse zu revidieren? Zur Entscheidung stehen daher folgende Fragen: Will es sich die Stadt Wuppertal leisten, ihren renommierten Kulturpreis nach einem frühen aktiven Unterstützer der NSDAP zu benennen, der später auch noch in die Partei eintrat und sich nie vom Nationalsozialismus distanzierte? Will sie einem Profiteur der antijüdischen Politik der SS nachträglich die Absolution erteilen? Will sie es den zukünftigen Preisträgern zumuten, in eine Reihe mit einem NS-Verbrecher gestellt zu werden? Will die Stadt Wuppertal sich damit außerhalb des in der „Berliner Republik“ in den letzten zehn Jahren entwickelten demokratischen Grundkonsens stellen, Personen wie von der Heydt nicht länger öffentlich zu ehren?